

Teuren Faustschlag verpasst

Vaduz. – Wegen einer Auseinandersetzung an einem Betriebsfest kam es gestern vor dem Landgericht in Vaduz erneut zu einer Verhandlung. An dem Fest wurde der Beschuldigte von einem stark alkoholisierten Mann angepöbelt und ins Gesicht geschlagen, worauf der Beschuldigte mit einem kräftigen Faustschlag reagiert haben soll. Der Mann erlitt einen Kieferbruch, Folgeschäden seien bislang nicht ausgeschlossen. Bereits im Juni standen die beiden Streithähne als Beschuldigte vor Gericht. Sie nahmen die Möglichkeit eines aussergerichtlichen Tauschgleiches nicht an und wurden beide bestraft. Der Zweitbeschuldigte kämpfte gestern ohne den Erstbeschuldigten vor Gericht – er behauptete, damals eine Sehnenverletzung an seiner Hand gehabt zu haben und daher habe er gar nicht so kräftig schlagen können. «Ich schwöre, dass diese Verletzung nicht von mir war», beteuerte er gestern vor Gericht. «Daher möchte ich auch nicht den aussergerichtlichen Tauschgleich.» Der Richter verhängte dem Beschuldigten eine bedingte Geldstrafe in der Höhe von 7500 Franken, angelegt auf eine zweijährige Probezeit. Weiters wurde der Mann zu Schmerzensgeld von 4000 Franken verdonnert. Die Gerichtskosten belaufen sich auf 1000 Franken, wofür er ebenfalls aufkommen muss. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (bfs)

Frau angefahren

Eschen. – In Eschen wurde am Dienstagmittag eine Frau von einem Personenwagen angefahren. Eine Fahrzeuglenkerin übersah die 88-jährige Passantin beim Einbiegen aus einem Parkplatz auf die Strasse und es kam zum Zusammenstoss. Die Fussgängerin verletzte sich dabei und musste mit dem Rettungsdienst ins Spital gebracht werden. (lpfl)

Unfall wegen Unaufmerksamkeit

Balzers. – Zu einem Auffahrunfall kam es am Dienstagmittag in Balzers. Ein Fahrzeuglenker fuhr auf der Hauptstrasse Gagoz mit der Absicht, in eine Nebenstrasse abzubiegen. Dabei musste er seinen Wagen verkehrsbedingt anhalten, was die nachfolgende Personenwagenlenkerin zu spät bemerkte. Folglich kam es zu einer Kollision der beiden Fahrzeuge, bei der Sachschaden entstand. (lpfl)

Beziehungen mit Peru stärken

Vaduz. – Die Regierung beschliesst die Ratifikation des Freihandelsabkommens der Efta-Staaten mit Peru und unterbreitet dem Landtag den Bericht und Antrag betreffend das Abkommen. Das Freihandelsabkommen verbessert den Marktzugang für Warenexporte mit Ursprung Liechtenstein in Peru. Ausserdem wird durch das Abkommen die Rechtssicherheit für die liechtensteinischen Wirtschaftsakteure in Peru gestärkt, insbesondere für Warenexporte und Investitionen.

Das Abkommen wurde am 24. Juni 2010 von Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz in Reykjavik und am 14. Juli 2010 von Peru in Lima unterzeichnet. Es erweitert das Netz von Freihandelsabkommen, welches die Efta-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) seit Beginn der 1990er-Jahre mit Drittstaaten aufbauen.

Das Freihandelsabkommen wird voraussichtlich Mitte des Jahres 2011 in Kraft treten. (paff)

«Die Neuausrichtung des Finanzplatzes wird noch intensiver vernetzt»

Die Regierung richtet ab dem 1. Februar 2011 eine neue Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden (SIFA) ein. «Damit stärken wir unsere Position in der laufenden Internationalisierung», betont Regierungschef Klaus Tschütscher.

Interview: Günther Fritz

Herr Regierungschef, welche Vorteile versprechen Sie sich von der neuen Stabsstelle SIFA gegenüber dem bisherigen System?

Regierungschef Klaus Tschütscher: Transparenz, Effizienz und Professionalität. Es ist unsere Verpflichtung, bestmögliche Rahmenbedingungen für den Finanzplatz zu gewährleisten.

«Wir schaffen langfristige Perspektiven»

Das tun wir mit der Schaffung der Stabsstelle. Denn wir stärken mit der neuen Stabsstelle unsere Position in der laufenden Internationalisierung und Globalisierung und verbessern damit auch entscheidend die Attraktivität und Stabilität des Finanzplatzes. Gleichzeitig schaffen wir mit der neuen Stabsstelle einen Ansprechpartner für unsere Finanzplatzteilnehmer. Damit wird in klar definierten Prozessen sichergestellt, dass die mit dem Projekt Futuro und der Liechtenstein-Erklärung vom März 2009 begonnene Neuausrichtung des Finanzplatzes noch intensiver koordiniert und ver-



Regierungschef Klaus Tschütscher: «Mit der neuen Stabsstelle schaffen wir einen Ansprechpartner für unsere Finanzplatzteilnehmer.» Bild Daniel Ospelt

netzt wird. Wir überzeugen damit auch in Zukunft durch unsere eigenen Leistungen und schaffen langfristige Perspektiven.

Was passiert konkret mit der Stabsstelle Futuro und welche Aufgaben bekommt der bisherige Stabsstellenleiter Frank Wulms?

Die Regierung hat beschlossen, die bestehende Stabsstelle Futuro aufzulösen und in die neue Stabsstelle SIFA zu integrieren. Die Stabsstelle wird mit den bereits vorhandenen Personalressourcen ausgestattet. Der bisherige Stabsstellenleiter Frank Wulms wird im Team der neuen Stabsstelle in zentraler Funktion zur Umsetzung

verschiedener, bereits laufender Agenden im Zusammenhang mit der Positionierung des Finanzplatzes tätig sein. Die Schaffung zusätzlicher Stellenprozente ist durch die neue Stabsstelle nicht notwendig.

Welches sind die ersten Herausforderungen für SIFA-Leiterin Katja Gey nach ihrem Stellenantritt am 1. Februar?

Es sind dies vor allem die Weiterführung und Weiterentwicklung der von der Regierung beschlossenen Finanzplatz- und Steuerstrategie in einem übergreifenden, integrierten dynamischen Ansatz, dies unter Einbezug der weiteren staatlichen und privaten Akteure. Wir sehen uns durch die bisherigen Steuerabkommen in dem von uns eingeschlagenen Weg bestätigt. Zusammen mit dem neuen Team und den verschiedenen Partnern in Liechtenstein wollen wir das Netz von Doppelbesteuerungsabkommen in Europa und weltweit rasch ausbauen, den OECD-Standard zur Transparenz und zum Informationsaustausch weiter umsetzen und so positive Fakten schaffen. Die von uns in den letzten Jahren getroffenen Massnahmen wurden in den vergangenen Monaten ausdrücklich begrüsst. Die positiven Rückmeldungen bestätigen uns, dass wir über gut funktionierende Systeme verfügen. Auf dieser ausgezeichneten Basis werden wir in Zukunft nachhaltig und glaubhaft weiter arbeiten.

«Wir wollen das DBA-Netz rasch ausbauen»

Das tun wir mit der Schaffung der Stabsstelle. Denn wir stärken mit der neuen Stabsstelle unsere Position in der laufenden Internationalisierung und Globalisierung und verbessern damit auch entscheidend die Attraktivität und Stabilität des Finanzplatzes. Gleichzeitig schaffen wir mit der neuen Stabsstelle einen Ansprechpartner für unsere Finanzplatzteilnehmer. Damit wird in klar definierten Prozessen sichergestellt, dass die mit dem Projekt Futuro und der Liechtenstein-Erklärung vom März 2009 begonnene Neuausrichtung des Finanzplatzes noch intensiver koordiniert und ver-

Noch immer keine Lohngleichheit

Männer und Frauen sind in Liechtenstein noch immer nicht gleichgestellt. Dies zeigt ein Blick in den kürzlich vorgestellten Bericht über die Menschenrechtssituation im Land. Besonders was den Lohn angeht, ziehen Frauen den Kürzeren.

Von Janine Köpfler

Vaduz. – Die Zahlen sind nicht neu, sie lösen dennoch vor allem bei Frauen immer wieder Kopfschütteln aus. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Liechtenstein nach wie vor vorhanden, auch wenn es Stimmen gibt, die das Gegenteil zu behaupten versuchen. Die Statistik belegt, dass der monatliche Bruttolohn der Frauen im Jahr 2006 um 20 Prozent unter dem der Männer lag, bei den Vollzeitbeschäftigten waren es sogar 22,5 Prozent. Liechtensteiner verdienen durchschnittlich 7069 Franken, Liechtensteinerinnen 5483 Franken, Ausländerinnen mit 4784 Franken noch weniger. Im Bericht über die Menschenrechtssituation in Liechtenstein, der vergangene Woche vorgestellt wurde, zeigen sich in mehreren Kapiteln die Lohnunterschiede. Zwar sind die Differenzen zwischen Männern und Frauen je nach Branche unterschiedlich, wie es im Bericht heisst, in allen Fällen ziehen aber die Frauen den Kürzeren. «Am höchsten waren die Lohnunterschiede im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in der Rechtsberatung und dem Treuhandwesen mit 37 beziehungsweise 35 Prozent.» Die neue Lohnstatistik wird dieses Jahr erscheinen. Expertinnen befürchten jedoch, dass sich die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern nicht gross verändert ha-

ben werden. Denn auch in der Schweiz verdienen Frauen gemäss den neusten Lohnstrukturerhebungen des Bundesamts für Statistik 19,3 Prozent weniger als Männer. Sie müssen also bis am 11. März arbeiten, um den gleichen Lohn zu haben, den Männer bereits Ende des Vorjahres in der Tasche hatten.

Auf diesen Tag im März wird jedes Jahr mit dem sogenannten Equal pay day aufmerksam gemacht. Dieses Jahr fordern die Business & Professional Women, BPW Switzerland, mit einem Manifest, dass Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Lohnstrukturen auf das garantierte Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit überprüfen. Zahlreiche Personen haben das Manifest bereits unterschrieben, um ihm das nötige Gewicht zu geben.

Warum geht nichts vorwärts?

In der Schweiz soll ein Nationales Forschungsprogramm untersuchen, warum Frauen in vielen Bereichen auch nach 50 Jahren Gleichstellungspolitik noch immer nicht die gleichen Chancen haben wie Männer. In 21 Projekten prüfen Forschende bis 2013, wie gut verschiedene Gleichstellungsmassnahmen wirken.

Ein Projekt erforscht etwa, ob Frauen in einigen Kantonen in der Arbeitswelt stärker benachteiligt sind als in anderen. Andere Forschende wollen wissen, wie Gleichstellung an der Schule gelehrt wird. Wieder ein anderes Projekt untersucht, wie sich das Kinderkrippenangebot auf die Gleichstellung auswirkt. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhoffen sich, Strategien und Massnahmen erstellen zu können, um beispielsweise das Potenzial der Frauen im Erwerbsleben besser zu nutzen.



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – leider nicht Standard: Am Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hat sich nichts geändert. Der «Equal pay day» fällt auch dieses Jahr in den März. Bild Archiv

FDP Die Liberalen



«Ich als Jäger lehne diese Initiative strikt ab! Sie schadet der Jagd, dem Schiesssport und der Armee. Sie kann die Sicherheit in der Schweiz in keiner Weise verbessern und bringt noch mehr Bürokratie für den Bürger!»

Tarzisius Caviezel, Nationalrat GR



Nein!

13. Februar 2011

Nein zur trügerischen und untauglichen Waffeninitiative!